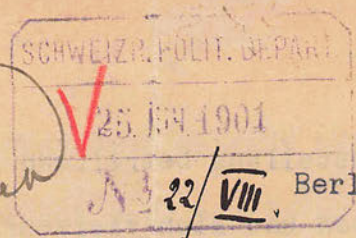


acc. rec. le 25 Juin

no 14.

Schweizerische Gesandtschaft

in Berlin.



Berlin, den 24 Juni 1901,

Handwritten notes: Circulation, an die Gesandtschaften

An das schweizerische Politische Departement. Bern,

Hochgeachteter Herr Bundespräsident.

Der Entwurf zu einem neuen deutschen Zolltarif ist vor einigen Tagen dem deutschen Bundesrathe zugegangen und gegen Ende des Jahres (momentan heisst es gegen Ende November) soll derselbe an den Reichstag geleitet werden, zur verfassungsmässigen Beschlussfassung.

Ob dieser Entwurf, den Intentionen der Kaiserlichen Regierung gemäss, bis dahin wird geheim gehalten werden können, bleibt abzuwarten. Da derselbe nunmehr, behufs Feststellung der sachbezüglichen Instructionen für die Bundesraths-Bevollmächtigten, von diesen letzteren den betreffenden Bundesregierungen mitgetheilt werden wird, und da, Press-Meldungen zufolge, bei einzelnen dieser Regierungen die Absicht walten soll, den Tarif noch zum Gegenstande gründlicher Berathungen mit den Hauptinteressenten etc. zu machen, ist es nicht ausgeschlossen, dass schon vor dem obengedachten Termin dies und jenes über die Oekonomie und auch über die einzelnen Positionen des Tarifs in die Oeffentlichkeit durchsickern werde.

Bis jetzt ist die Beheimhaltung der Vorarbeiten zu dem Tarif und des Inhalts der successive aus- und umgearbeiteten Entwürfe auf's Peinlichste gewahrt worden und haben wir, fremde Missionschefs, uns wiederholt überzeugen müssen, dass jeder Versuch, Positives und Zuverlässiges über die materielle Sachlage in Erfahrung zu bringen, absolut aussichtslos wäre.

In meinen frühern Unterhaltungen mit dem Staatssecretär des Auswärtigen Amts, Baron von Richthofen, und mit dem Direktor der Handels-Abtheilung, H. von Koerner, glaubte ich mich denn auch aller und jeder

Handwritten mark

Dodis



direkten Fragestellung betreffend Einzelheiten des zu gewärtigenden Tarifs enthalten und mich vielmehr auf ganz allgemein gehaltene Bemerkungen und Desiderien beschränken zu sollen. Was ich auf diesem Wege erfahren, habe ich dem eidg. Handels-Departement successive berichtet.

Mittlerweile und zwar in der allerletzten Zeit hat nun bekanntlich hier, in Berlin, eine von dem Reichskanzler, Graf von Bülow, einberufene, von den leitenden Vertretern der Regierungen der grössern deutschen Bundesstaaten besuchte Conferenz stattgefunden, in welcher die vom Reichsschatzamt festgestellte Tarif-Vorlage noch einer allgemeinen Berathung unterzogen wurde. Das Ergebniss dieser abschliessenden Vor-Verhandlungen ist aber Seitens der mitbetheiligten Ressorts und der übrigen Conferenz-Delegirten erneuert streng geheim gehalten worden. Aus den sachbezüglichen Vernehmlassungen der Presse und dann auch aus diesen und jenen gelegentlich hingeworfenen Andeutungen der mir bekannten Beamten der betheiligten Ressorts und Mitglieder des Bundesraths glaube ich ~~indess~~ immerhin den Schluss ziehen zu können, dass die intransigenten Agrarier durch das, was sie über das Ergebniss dieser conferenziellen Verhandlungen erfahren haben, in ihren Hoffnungen erheblich herabgestimmt worden sind und dass der im entgegengesetzten Lager vertretene Standpunkt, wonach mit allen nur irgendwie zulässigen Mitteln darnach getrachtet werden soll, die Tarifffrage so zu erledigen, dass dem Abschlusse neuer Handels-Verträge keine ernstern Hindernisse in den Weg gelegt werden, als für die definitive Bereinigung des Tarifs massgebend anerkannt wurde. Die Einführung eines Doppel-Tarifs, als System und anwendbar für die ganze Oekonomie des neuen Tarifs, dürfte zweifellos endgiltig aufgegeben worden sein. Dagegen scheint man den Agrariern allerdings insoweit entgegengekommen zu sein, dass man für diverse landwirthschaftliche Artikel Minimalsätze zugestand, unter die bei den Vertragsunterhandlungen nicht gegangen werden soll; doch sollen diese Minimalsätze nicht in der Höhe Gnade gefunden haben, wie es die Agrarier verlangen zu müssen glaubten. Möglich, dass auch für einzelne

Industrie-Artikel Minimalsätze beliebt haben; jedenfalls werden es aber, bejahenden falls, deren nur sehr wenige sein und kann man also im Grossen und Ganzen den Doppel-Tarif, wie schon bemerkt, füglich als abgethan betrachten.

Was speciell die Neuordnung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz betrifft, hat der Staatssecretär des Auswärtigen Amtes, Baron von Richthofen, sich letzter Tage mir gegenüber vertraulich wie folgt ausgesprochen :

„ Sie, in der Schweiz“ - sagte er, als ich auf die bewussten Minimal-Ansätze „anspielte - „werden durch das, was kommen wird, kaum empfindlich tangirt werden. Und wenn im Uebrigen in dem neuen Tarif diverse Positionen erhöht worden sind, so ist damit ja keineswegs ausgeschlossen, dass diese Ansätze auf dem Verhandlungswege ~~nicht~~ in Sie zufriedenstellender Weise wieder ermässigt werden können. Mein Eindruck ist, dass unsere Verhandlungen mit Ihnen ganz glatt verlaufen werden und dass aus denselben ein Vertrag resultiren wird, der von dem jetzt bestehenden Vertrage sehr wenig abweichen dürfte.“

So viel für heute über die dermalige handelspolitische Situation, soweit dieselbe für uns von besonderem Interesse ist.

Die im vorigen Monat Mai stattgefundenen Mutationen im Preussischen Staatsministerium haben bis jetzt der Oeffentlichkeit gegenüber nichts gezeitigt, was auf einen thatsächlichen Systemwechsel schliessen lassen würde. Es händelte sich bei denselben für den Grafen Bülow in der Hauptsache wohl einzig darum, das Collegium mit Rücksicht auf die brennenden internen Fragen (Canal-Vorlage, Schutz der Landwirthschaft, Handelsverträge) etwas homogener und gefügiger zu gestalten.

Der neue Finanzminister von Rheinbaben, vor jenem Wechsel Minister des Innern, ist was die allgemeine Verwaltung des Finanzressorts anbelangt ein getreuer discipulus des abgetretenen v. Miquel und wird sich zweifellos bei der Leitung der preussischen Finanz-Politik im gleichen Fahrwasser bewegen, wie es der letztere gethan.

Die Ernennung des, der nationalliberalen Fraktion des Reichstags

entnommenen neuen Handelsministers Möller, der auf dem Gebiete des Handels und der Industrie und überhaupt in allen volkswirtschaftlichen Fragen ein Autorität ersten Ranges sein soll, ist mit Ausnahme der agrarischen Kreise, die ihm wegen seines bisherigen Einstehens für die Erneuerung der Handelsverträge missträisch gegenüberstehen, allgemein beifällig aufgenommen worden. Darüber, wie er sich in den handelspolitischen Fragen nunmehr als verantwortlicher Minister und Mitberather bereits verhalten hat und sich noch weiter verhalten wird, war bis jetzt noch nichts Näheres in Erfahrung zu bringen. Offenbar wird auch er, „Wasser in seinen Wein giessen“ und Compromiss-Politik treiben müssen.

Der neue Minister des Innern von Hammerstein, in den letzten Jahren höherer Verwaltungsbeamter in den Reichslanden und von streng conservativer Richtung, wird ohne allen Zweifel die gleichen Wege gehen, wie seine verschiedenen Vorgänger.

Der derzeitige Landwirthschaftsminister von Podbielski, endlich, bisher Staatssecretär der Reichs-Postamts und bekanntlich ebenfalls erklärt conservativ, gilt als mit allen, die Landwirthschaft betreffenden Fragen durch und durch vertraut. Desswegen und weil er selbst Gutsbesitzer ist, haben ihm denn auch bis jetzt die Agrarier ihr Vertrauen noch nicht entzogen. Wie lange er bei denselben in Gunst bleiben wird, ist eine andere Frage. Beim Bekanntwerden des Zolltarifs dürfte man hiefür neue Anhaltspunkte gewinnen.

Unmittelbar nach dem Schlusse der Session des Landtags und nach der oben besprochenen Umbildung des Staatsministeriums war in der Presse vielfach von der Eventualität der Auflösung des Abgeordnetenhauses die Rede. In competenten Kreisen wurde jedoch diese Eventualität als von vornherein unbedingt ausgeschlossen betrachtet, denn man sagte sich dort, die Regierung dürfte unter keinen Umständen riskiren, Neuwahlen zu veranlassen, die höchst wahrscheinlich eine Niederlage des Königs in seiner persönlichen Politik betreffend die Kanalfrage ergeben würden. Diese Auflösungsgerüchte sind denn auch seither völlig verstummt. In welcher Form die Kanal-Frage später wieder aufgenommen werden soll, ist dermalen ganz unbekannt.

Die äussere Politik des Reichs anbelangend wüsste ich aus der letzten Zeit nichts von Belang zu berichten. Dass die im Princip beschlossene und zum Theil schon in der Ausführung begriffene Zurückziehung des deutschen Expeditions-Corps in China mit Aufhebung des Ober-Commando's des Grafen Walderssee, in ganz Deutschland unbedingte Billigung gefunden, haben Sie aus der Presse ersehen. Das längst ersehnte Aufathmen der öffentlichen Meinung wird jedoch durch die allgemein herrschende Empfindung getrübt, dass die ganze Expedition in der

*Hauptsaaken pro nihilo* war.

Anhang 20. 1. 1880. Der Reichspostminister, die Verhandlung über die Kanalfrage.